Nr. 41. Sonntag, den 18. Februar 1912. 26. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
**Abonnementspreis** (inkl. „**Die Neue Welt**“ und „**Die arbeitende Jugend**“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Eing. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „**Die Neue Welt**“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. **Hamburg 36** Expedition: Fehlandstraße 11 Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: **Ernst Köpke** in Hamburg.

**Anzeigen** die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰. **Arbeitsmarkt, Vermietungs-** und **Familienanzeigen** 20 ₰. **Anzeigen-Annahme** Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (**bis 5 Uhr nachmittags**), in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

**Filialen:** **St. Pauli**, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck** und **Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. **Rotenburgsort** und **Veddel** bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. **Wilhelmsburg** bei H. Möller, Schulstr. 13. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu **vier** Beilagen und das Illustrierte Unterhaltungsblatt „**Die Neue Welt**“.

## Weder reaktionär noch radikal?

Der Herr Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat am Freitag in der Etatsdebatte des Reichstags nicht nur im eigenen Namen, sondern — wie er eingangs seiner Rede bemerkte — auch gleich im Namen der verbündeten Regierungen Stellung zu den Wahlen genommen.

Diese Stellungnahme zu den Wahlen war selbverständlich eine solche gegen die Sozialdemokratie. Die 110 sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages und der sozialdemokratische Vizepräsident sind für den Herrn Reichskanzler ein ebenso peinvolles Ergebnis der Wahlen wie für die geschlagenen Parteien des schwarz-blauen Blockes. Vielleicht wäre es Herrn v. Bethmann-Hollweg, der sich in den Banden der konservativ-ultramontanen Allianz durchaus nicht immer wohl fühlt, garnicht so unangenehm gewesen, daß die Wahlen dem Uebermut der Schwarz-Blauen einen kräftigen Dämpfer aufgesetzt haben, wenn die Liberalen, besonders die Nationalliberalen, als die Gekräftigten aus dem Wahlkampf hervorgegangen wären. Aber daß die Sozialdemokratie die Siegerin war und einen so glänzenden Sieg erfocht, das ist dem Herrn Reichskanzler arg an die Nieren gegangen und hat ihn aus seiner „philosophischen“ Ruhe hochgescheucht.

Und so zog er aus zum Kampf gegen den Drachen. Ein Erfolg war ihm jedoch nicht beschieden. Er ist ein enthusiastischer Verehrer der „Sammelpolitik“. Sammelt Euch gegen die bösen Roten! Das war sein immer wiederholter Angstruf, mit dem er die bürgerlichen Parteien von Heydebrand bis Payer für eine reaktionäre Politik zusammenkuppeln wollte. Weder rechts noch links hat man darauf gehört. Aber Herr v. Bethmann-Hollweg hat daraus nichts gelernt. Er trat auch am Freitag wieder als Verfechter der Sammelpolitik in die Schranken, aber mit dem gleichen Ungeschick, das er schon früher bewiesen hat.

Der Reichskanzler fühlt sich nur als Diener seines Herrn, des Kaisers, durch dessen „Gnade“ er auf den Reichskanzlerposten berufen worden ist, und der ihn, sobald es ihm gefällt, wieder heimschicken kann. Darum glaubt Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner naiven staatsmännischen Auffassung, nicht nur über den Parteien zu stehen, sondern auch das Recht zu haben, die Parteien zu schulmeistern, ihnen Vorschriften machen zu können, wie sie sich zu verhalten haben und ihnen durchaus unerbetene Ratschläge erteilen zu dürfen. Da er selbst niemals Parteimann war, da er von einer eigenen inneren politischen Ueberzeugung, von Grundsätzen der Parteien nichts weiß, so geht ihm offenbar alle Empfindung dafür ab, wie verletzend solche schulmeisterlichen Versuche auf alle Parteien wirken müssen. Die Parteiführer wie die sonstigen Abgeordneten sind doch keine Kinder, denen man sagt: Hört mal, Ihr dürft Euch nicht schlagen; Ihr müßt Euch vertragen.

Der Versuch, so von oben herab sich als Meisterer der politischen Gegensätze aufzuspielen, hat die ganz natürliche Folge, daß er alle Parteien vor den Kopf stößt, es mit allen, die er für seine Zwecke einen wollte, verdirbt. Soll es so aussehen, als ob er über den Parteien stehe, so durfte Herr von Bethmann-Hollweg natürlich nicht den Konservativen nur Liebenswürdigkeiten, den Liberalen nur Grobheiten sagen. Den Sozialdemokraten konnte er schon eher allein mit Schroffheiten begegnen, denn sie will er ja nicht mit sammeln, vielmehr sollen ja die andern gegen die Sozialdemokratie gesammelt werden. Die Sozialdemokraten selbst werden sich freilich durch die reichskanzlerischen Angriffe am wenigsten rühren lassen; sie werden sich dadurch um keine Linie von dem als richtig erkannten Wege abdrängen lassen.

Für die Zwecke der Zukunftssammlung bemühte sich also Herr v. Bethmann-Hollweg, Licht und Schatten nach seiner Auffassung unter den bürgerlichen Parteien gleichmäßig zu verteilen. Solcher Versuch hätte allenfalls noch Sinn haben können, wenn der Herr Reichskanzler nicht nur Tadel, sondern auch Lob auszuteilen gehabt hätte. Damit wäre an sich seine Rolle als Zensor der Parteien noch um keinen Deut berechtigter erschienen, aber allen nur Unangenehmes sagen, ist nicht nur eine unangenehme, sondern auch eine ihren Zweck verfehlende Aufgabe.

Mit der Abwehr der konservativ-agrarischen Angriffe wegen von der Regierung nicht genügend gegebener „Aufklärung“ über die Finanzreform hat Herr v. Bethmann-Hollweg die Konservativen wiederum bös getroffen. Besonders die Kritik über ihr Verhalten zur Erbanfallsteuer, die an die scharfe Ablehnung des Zentrumsabgeordneten Speck vom Tage vorher anknüpfte, wird ihm auf der Rechten nicht so leicht vergessen werden. „Dort auf der Linken sitzen die lachenden Erben!“ rief er den Herren von der Rechten und vom Zentrum zu. Und in der Tat, sie lachten und lachten mit Recht; denn mit dem Worte hat der Reichskanzler anerkannt, daß die Volksempörung über die Finanzreform mit ihrem Drum und Dran berechtigt ist.

Die Vorhaltungen, die Herr v. Bethmann-Hollweg dann den Liberalen machte, waren noch weniger geeignet, bei diesen freundschaftliche Gefühle für die Sammelpolitik des Reichskanzlers zu wecken. Er mußte ja hilflos eingestehen, daß er bisher mit der Sammelparole Erfolg nicht gehabt habe, welches Geständnis von den Sozialdemokraten mit stürmischer Heiterkeit quittiert wurde. Aber er hofft noch, daß der Sammelruf in Zukunft aus dem Volke ertönen werde. Er will die Scheidelinien zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie nicht bis ins Nebelhafte verwischen lassen. Aber die Art, wie er dann die Liberalen abkanzelte wegen ihres zeitweiligen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie, wird kaum geeignet sein, die Scheidelinie wieder schärfer zu ziehen, wenn das nötig wäre. Sie besteht ja trotz des taktischen Zusammenwirkens nach wie vor und wird bestehen bleiben auf Grund der innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unausrottbaren Klassengegensätze.

Der Vergleich der Taktik der Liberalen bei den Bülowblock-Wahlen von 1907 und der gegen den schwarz-blauen Block gerichteten Taktik von 1912 hatte für die Liberalen ja etwas Peinliches. Wenn aber Herr v. Bethmann-Hollweg baß erstaunt war über diese Schwenkung und die Frage stellte: „Was hat sich denn in der Zwischenzeit geändert?“ so verrät das doch eine politische Naivität, die für einen Staatsmann unentschuldbar ist. Er richtet seinen Blick nur auf die Parteien, nicht auf die Verhältnisse, durch die ihr Verhalten beeinflußt wird. Und bei Betrachtung der Parteien hat Herr v. Bethmann in einem Recht: Die Sozialdemokratie hat sich nicht geändert. Das Bild der Sozialdemokratie, das sich in seinem Kopfe wiederspiegelt, ist ja eine Karrikatur; so wie er die Sozialdemokratie sieht, so sieht sie weder jetzt aus, noch hat sie vor fünf Jahren oder früher so ausgesehen. Dem Reichskanzler macht ja vor allem die Kraftentfaltung der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen Pein, die ihr 110 Mandate in den Schoß warf. Er sucht sie zu verkleinern, indem er die $4^1/_4$ Millionen Stimmen im wesentlichen auf Mitläufer zurückzuführen sucht und verächtlich von dem „großen Stimmzettelhaufen“ spricht, den doch alle anderen Parteien gar zu gern gehabt hätten und den der Reichskanzler bei diesen wohl auch ebenso respektiert haben würde wie Bülow im Jahre 1907.

„Was sich gewandelt hat, ist der Liberalismus!“ Er sei weiter links gegangen, behauptet der Herr Reichskanzler. Das ist an sich ebenso richtig wie erfreulich. Aber an der Erkenntnis dieses äußerlichen Wandels durfte ein wirklicher Staatsmann sich nicht genügen lassen. Er mußte den Ursachen dieses äußerlichen Wandels nachgehen. Das lag für ihn umso näher, als er wenigstens die Nationalliberalen soweit kennen sollte, daß sie nicht frivol sich in oppositionelle Abenteuer einlassen und daß deshalb ein tiefliegender Grund für die Schwenkung ihrer taktischen Stellung vorliegen muß. Hätte Herr v. Bethmann-Hollweg dem weiter nachgeforscht, so würde am Ende auch er entdeckt haben, daß die Ueberspannung der reaktionären Politik im Reiche wie in Preußen und die Vernachlässigung und Verletzung der Lebensinteressen auch des Bürgertums dessen wahrlich langen Geduldsfaden endlich hat reißen lassen, ohne freilich die nötige Energie allgemein auszulösen, die erforderlich war, das alte reaktionäre System gründlich aufs Haupt zu schlagen. Herr v. Bethmann-Hollweg gilt ja für einen Philosophen. Da wird er auch schon einmal etwas vom Umschlag der Quantität in die Qualität gehört haben. Solch eine Wirkung liegt in der Verschiebung der Parteiengruppierung im Reich vor. Die Reaktion im Reich und in Preußen, die Bedrückung des Volkes mit unerträglichen Lasten ist so groß geworden, daß die allgemeine Empörung sich dagegen endlich Luft machen mußte. Das quantitative Anschwellen der Volksbedrückung hat eine Qualitätsänderung bei den liberalen Wählern wenigstens zum Teil hervorgebracht.

Aber das bleibt dem Philosophenauge des Herrn v. Bethmann-Hollweg verborgen. Er sieht ja überhaupt keine Reaktion und meint, das Deutsche Reich könne

**weder reaktionär noch radikal**

regiert werden. Er ist der Mann der „goldenen Mittelstraße“ und hätte deshalb eigentlich bei den Nationalliberalen landen sollen, die ja auch die Partei der „richtigen Mitte“ sein wollen, dabei aber in entscheidender Stunde meist auf die rechte Seite fallen, was ja Herrn v. Bethmann-Hollweg sehr sympathisch sein müßte. Aber ihm erscheinen selbst die Nationalliberalen schon „radikal“, weil sie zum Teil den Mut hatten, sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen und für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen, mehr noch aber, weil auch sie die Rechte des Parlaments erweitern und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers endlich gesetzlich festgelegt wissen wollen. Das erscheint dem Herrn Reichskanzler schon als der reine Umsturz und er erklärt kategorisch:

**„Zu einer weiteren Demokratisierung unseres Wahlrechts und zu einem Angriff auf die Grundlagen der Reichsverfassung werde ich die Hand nicht bieten.“**

Was er noch darum herumredete von der „Uebertreibung des nackten Zahlenprinzips“ und von der „Etappe auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft“, von der Notwendigkeit eines „Gegengewichts gegen das freieste aller Wahlrechte“, welches Gegengewicht der nur vom Kaiser abhängige Reichskanzler sein soll, das alles bekräftigt nur die Tatsache, daß der Kanzler des Deutschen Reiches

**den politischen Stillstand zum System erheben will.**

Er weist jede Neuorientierung seiner Politik auf Grund des Resultats der letzten Wahlen zurück und erklärt, aus den gegenwärtigen Zuständen nur die Konsequenz ziehen zu können, daß die Regierung auf ihren eigenen Füßen stehen muß. Das heißt: Es soll alles beim Alten bleiben, es soll in den alten reaktionären Geleisen weitergewurstelt werden. Aber Stillstand ist Rückschritt. Die Regierung, die sich grundsätzlich jedem gesunden Fortschritt versagt, arbeitet quantitativ und qualitativ für den Rückschritt.

Das nennt Herr v. Bethmann-Hollweg „weder reaktionär noch radikal“. Er merkt gar nicht, daß sein grundsätzlicher Widerspruch gegen die Fortentwicklung der Parlamentsrechte und der Volksrechte sowohl reaktionär wie radikal ist. Er ist radikal nach der reaktionären Seite. Er hat sich in seiner Rede auch gegen die Ultras gewendet, was ein von den Konservativen sehr bitter empfundener Hieb gegen die Heydebrand und Genossen war. Was aber Herr v. Bethmann-Hollweg als seine Politik empfahl, ist nichts anderes als die unnachgiebige Politik der konservativen Ultras, die da glauben, den Fortschritt der Menschheit, vor allem den politischen, aufhalten zu können.

Das deutsche Volk hat bei den Wahlen seinen Willen dahin kundgegeben, daß es eine Demokratisierung der Politik und der Reichs- und Staatsinstitutionen will. Herr v. Bethmann-Hollweg proklamiert dagegen, die großen Aufgaben im Staatsleben lägen nicht in der Richtung einer weiteren Demokratisierung, trotzdem er auffordert, die Blicke wieder vorwärts zu richten. Hinter ihm liegt freilich soviel Unangenehmes, daß man den Wunsch verstehen kann. Aber mit dem Abwenden der Blicke vom Vergangenen ist es nicht getan. Das nützt auch nichts, wenn die alte verderbliche Politik auch in der Zukunft weiter verfolgt werden soll. Wenn es anders, wenn es besser werden soll, muß es zu dem großen Entschluß kommen, die Demokratisierung der Politik ernstlich in Angriff zu nehmen.

Herr v. Bethmann-Hollweg hält sich, getragen vom Vertrauen des Kaisers, für den Mann, der die demokratische Flut zu bannen imstande wäre. Er setzt seinen Willen gegen den Willen der Volksmassen. Als Philosoph wird er aber doch vielleicht daran denken, daß er nur ein armseliger einzelner ist, daß aber das Volk unsterblich ist, daß auf dessen Kraft alle Macht beruht und daß gegen dessen entschiedenen Willen auf die Dauer kein Wille eines einzelnen, und sei er noch so mächtig, aufkommen wird.

## Sozialdemokratische Anträge im Reichstage.

Dem Reichstage ging folgende weitere Serie sozialdemokratischer Initiativanträge zu:

1. Der Reichstag wolle beschließen:
zur Prüfung seiner Geschäftsordnung eine besondere Kommission einzusetzen mit dem Auftrage, dem Hause geeignete Abänderungsvorschläge zu machen.

2. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen im Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908
1. die Anmeldepflicht für politische Versammlungen (55,6) aufgehoben wird;
2. öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel von der Genehmigung der Polizeibehörde unabhängig gemacht werden (§ 7);
3. die Vorschrift über den Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen (§ 12) wird beseitigt;
4. das Recht der Polizeibehörde, Beauftragte in Versammlungen zu entsenden (§ 13) aufgehoben wird;
5. die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts der jugendlichen Personen beseitigt wird (§ 17);
6. die Ausübung des Versammlungsrechts über die Polizeistunde hinaus sichergestellt wird;
7. unter Aufhebung des § 24 Ziffer 3 die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts der ländlichen Arbeiter und Dienstboten durch Landesrecht beseitigt werden.

3. Der Reichstag wolle dem nachstehenden Gesetzentwurf betr. Aenderung des Strafgesetzbuches seine Zustimmung geben (folgt ein Gesetzentwurf, der eine Reform der Bestimmungen über Hausfriedensbruch, über Beamtennötigung, Pfandentziehung, Freiheitsberaubung, Seuchensperren, über Jugendschutz, Mundraub, Betrug, Bettel, Sicherung des Depeschendienstes und über Anfertigung von Nachschlüsseln anstrebt);

4. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die zum Schutze der Arbeiter und Angestellten und zur Regelung des Arbeitsvertrages bestehenden Gesetze und Verordnungen zu einem einheitlichen Arbeiterrecht vereinigt und ausgebaut werden;

5. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, soweit sie nicht dem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht unterstehen, bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag ein Arbeitsgericht zuständig ist, das im organisatorischen Aufbau den Gewerbegerichten entspricht und je nach Bedarf besondere Kammern und Abteilungen für größere Berufsgruppen enthält;

6. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften regelt;

7. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Arbeitsnachweis im Reiche einheitlich geregelt wird. Der Gesetzentwurf muß enthalten:
1. daß für alle Bezirke des Reichs Arbeitsnachweisstellen errichtet werden;
2. daß in größeren Orten der Arbeitsnachweis nach Industrie- und Erwerbsgruppen gegliedert wird;
3. daß die Arbeitsnachweisstellen unter Leitung eines Vorstandes stehen, dessen Mitglieder in gleicher Anzahl von Arbeitern und Unternehmern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung gewählt werden;
4. daß der Arbeitsnachweis unentgeltlich ist;
5. Strafbestimmungen gegen Einrichtungen von Unternehmern, die zur Maßregelung von Arbeitern und Angestellten dienen;

8. Der Reichstag wolle beschließen:
den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage tunlichst bald den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen, in welchem u. a. auch die Arbeiterschutzbestimmungen und das Knappschaftskassenwesen einheitlich geregelt werden.

9. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches unter Aufhebung der landesgesetzlichen Gesindeordnungen das Vertragsverhältnis zwischen den in landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgebern, sowie das Vertragsverhältnis des Gesindes und deren Arbeitgeber durch reichsgesetzliche Vorschriften geregelt wird, welche insbesondere
1. alle landesgesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gesinde wegen Nichtantritt oder wegen Verlassens des Arbeitsverhältnisses oder wegen Vertragsverletzungen, Ungehorsams oder Widerspenstigkeit, wegen Verabredung und Vereinigung zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder wegen Aufforderung zu solchen Verabredungen, enthalten, aufheben;
2. den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gesinde das Recht gewährleisten, zur Wahrung und Förderung von Berufs- und Standesinteressen, namentlich zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen;
3. die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern;
4. die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern sowie aus dem Gesindeverhältnis Gerichten überweisen, die nach Art und in Anlehnung an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu errichten sind;
5. die Anrechnung der für Pacht- oder Deputatland aufgewendeten Arbeit und des Nutzwertes des Ertrages bei der Lösung des Arbeitsvertrages durch eine Entschädigung in Geldwert sicherstellen.

10. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst eine Novelle zum Hausarbeitsgesetz vorzulegen, wonach die Einführung von Lohnkommissionen geregelt wird. (Es sollen Gewerbegerichte oder Kommissionen zuständig sein, die Lohnsätze für eine bestimmte Dauer festzusetzen, und zwar dürfen diese nicht niedriger festgesetzt werden, als die in Fabriken und Werkstätten für entsprechende Arbeit gezahlten Löhne. Sie sind von den Einigungsämtern beziehungsweise den Kommissionen zu veröffentlichen und sind nach ihrer Veröffentlichung für Gewerbetreibende und Hausarbeiter der betreffenden Branche während der Dauer, für welche sie festgesetzt sind, rechtsverbindlich).

11. Der Reichstag wolle beschließen:
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die für die Sicherheit der Bauausführungen und zum Schutze der Arbeiter notwendigen Vorschriften durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt werden.

## Politische Uebersicht.

### Aus dem Reichstag.

Berlin, 16. Februar.

Die heutige erste Rede zum Etat, die der Fortschrittler v. Payer hielt, setzte ein mit einer Kritik der Thronrede, die Payer im allgemeinen für recht bedeutungslos hielt. Am bedeutungslosesten erscheint ihm der Passus, der von der „Gesundung der Finanzen“ handelt. Davon könne, nach der vorgestrigen Einleitungsrede des Schatzsekretärs zu urteilen, gar keine Rede sein. Von einer wirklichen Gesundung könne doch nur dann gesprochen werden, wenn der Grundsatz konsequent durchgeführt würde: „keine Ausgabe ohne Deckung“, was aber auch bei dem Schatzsekretär vorläufig noch ein frommer Wunsch zu sein scheine. Energisch verteidigte er die von Speck und dem Grafen Westarp angegriffene Wahlparole der Fortschrittspartei, nachweisend, daß die Parteien beider Redner sich bei den verschiedensten Gelegenheiten um Wahlhilfe an die Sozialdemokratie gewandt haben und ihre jetzige Anfeindung der Liberalen nur dem Aerger entsprungen sei, über die ihnen diesmal verweigerte Hilfe. Der Redner trat ein für eine Neueinteilung der Wahlkreise, Sicherung des Wahlgeheimnisses und Einführung des Verhältniswahlsystems, und erklärte, daß die Liberalen nicht wieder für indirekte Steuern zu haben sein würden, wonach sich die Regierung zu richten habe.

Ueber die nun folgende Rede des Reichskanzlers finden die Leser das Nötige im Leitartikel.

Nachdem dann der Pole Fürst Radziwill und der Reichsparteiler Dr. Arendt auch etwas gesagt, der Nachfolger Stöckers, Lizentiat Mumm, mit wenig Geschick seinen Vorvorgänger zu mimen versucht und der Welfe Freiherr v. Schele für die Wiederherstellung des Königreichs Hannover plädiert hatte, erhielt der Vertreter für Bielefeld, Graf v. Posadowsky, das Wort. Die ganze Rede dieses Herrn war eine Häufung von Widersprüchen und Paradoxen, aber kein einheitliches Ganzes. Sie machte vielmehr den Eindruck, als ob der Redner alle möglichen Gedanken über die verschiedensten Gegenstände, die er gelegentlich seinem Taschenbuch einverleibt hatte, nunmehr herausgenommen und sie zu seiner ersten Rede als Abgeordneter zusammengestellt habe. Anders wäre es nicht gut möglich, daß derselbe Mann, der während des Wahlkampfes jeder Diskussion mit Sozialdemokraten sorgfältig aus dem Wege gegangen ist dadurch, daß er ihnen den Zutritt zu seinen Versammlungen verbieten ließ, sich nun im Reichstage hinstellt und unabhängige Männer auffordert, den Mut zu haben, der Menge die Wahrheit zu sagen? Oder wenn der Herr, der als Staatssekretär den Wucherzolltarif mitgeschaffen hat, ja, der eifrigste Mitarbeiter daran war, nun als Abgeordneter sich über die hohen indirekten Steuern, namentlich auf Nahrungsmittel, beklagt. Da der Redner nach dem Goetheschen Rezept verfuhr: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen“, konnte es nicht fehlen, daß einige seiner Gedankensplitter auch von der Linken beifällig aufgenommen wurden, wie zum Beispiel der, da die Militärvorlage dem Volke immer als eine Art Versicherung angepriesen wird, es nicht mehr wie recht und billig sei, daß diejenigen, die am meisten versichert sind, auch die höchsten Prämien bezahlen müßten. Große Heiterkeit löste der gräfliche Redner mit der Wiedergabe der Worte des englischen Ministers Churchill über die für die Landesverteidigung aufzubringenden Kosten aus: „Wenn es sich um die Landesverteidigung handelt, werden alle Klassen der englischen Gesellschaft bereit sein, die Mittel aufzubringen — selbst die reichsten!“ Der Redner war über die allgemeine Heiterkeit auf der Linken ziemlich verblüfft und brauchte erst einige Sekunden, um die Nutzanwendung für die deutschen Verhältnisse zu finden. Was er über die Bekämpfung der Sozialdemokratie sagte, waren meist Plattheiten, nicht ein großer Gedanke. Was soll ein Sozialdemokrat dazu sagen, wenn der Herr Graf die Weisheit zum besten gibt, die Sozialdemokratie müsse durch den Revisionismus hindurch, um wieder zur bürgerlichen Gesellschaft zu gelangen. Von welchem Gesichtswinkel aus man auch die Posadowskysche Rede betrachten mag, man wird immer zu dem Schluß gelangen: Eine Glanzleistung war sie nicht.

### Im Seniorenkonvent des Reichstages

wurde am Freitag auch über die Verteilung der einzelnen Fraktionen im Seniorenkonvent, sowie über die Zuteilung der Kommissionssitze an die Fraktionen beraten. Dabei kam man überein, daß an dem alten Modus festgehalten wird, daß jede Fraktion, die in dem Seniorenkonvent vertreten sein will, 15 Mitglieder zählen muß; bezüglich der Verteilung der Kommissionssitze wurde derselbe Standpunkt eingenommen, so daß die Reichspartei, die jetzt nur 13 Mitglieder zählt, nicht als selbständige Fraktion angesehen werden kann. Sie wird demnach im Seniorenkonvent nicht vertreten sein und muß zur Erringung von Kommissionssitzen sich mit einer andern Fraktion verbinden. Dann kam man überein, daß sofort nach der Etatsberatung die Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung des Plenums gestellt werden. Dabei sollen kurze Erklärungen abgegeben werden und die Angelegenheit der auf 21 Abgeordnete verstärkten Budgetkommission überwiesen werden. Ferner hielt man an den früheren Abmachungen fest, daß alle 14 Tage zwei Tage freigegeben werden. Die nächste Pause wird vom 24. bis 26. Februar eintreten.

### Das Zentrum gegen neue Steuern.

Darüber, daß man nach dem großen Fischzug auf indirekte Steuern bei den Finanzreformen von 1906 und 1909 nicht schon wieder jetzt Hunderte von Millionen aus den breiten Massen des Volkes herausschinden kann, besteht bei der Regierung wohl kein Zweifel. Daher die Ankündigung, daß die Kosten für die neue Heeres- und Flottenvorlage durch Besitzsteuern gedeckt werden sollen. Das ist aber die empfindlichste Stelle bei den Leuten, die die jüngste Finanzreform gemacht haben. Der Hinweis des Reichskanzlers in seiner Freitagsrede darauf, daß auf die Erbanfallsteuer zurückgegriffen werden müsse, veranlaßt das Berliner Bündlerorgan schon zu der Erklärung, die „Aufklärung“ über die Schäden der „Waisensteuer“ wieder aufnehmen zu wollen.

Das Zentrum fängt die Sache anders an. Es hat, wie sein erster Etatsredner Speck darlegte, plötzlich entdeckt, daß man zur Deckung der Kosten für die Heeres- und Flottenvermehrung gar keine neuen Steuern brauche und die Mehrkosten aus den laufenden Einnahmen decken könne. Gegen diesen Meinungsumschlag beim Zentrum hat sich der Reichsschatzsekretär Wermuth sofort in ziemlich scharfer Weise gewandt, wobei er das Zentrum daran erinnerte, daß es früher gegen die vorsichtige Einschätzung der Einnahmen nichts einzuwenden gehabt habe. Trotzdem nimmt die „Germania“ den von Abgeordneten Speck gesponnenen Faden wieder auf und behauptet, dieser habe überzeugend dargetan, daß in den beiden letzten Jahren bei der Einnahmeschätzung viel zu niedrig gegriffen worden ist. Die Folge dieser niedrigen Einschätzung der Einnahmen seien große Ueberschüsse, die für das laufende Rechnungsjahr auf min-